

Monika Astrid Kittler

---

## **Ausschuss Kirche, Gesellschaft und Staat**

Bericht von der 6. Tagung der 11. Synode der EKD  
10. bis 13. 11.2013 in Düsseldorf

Die Ausschussmitglieder trafen sich bereits im Vorfeld der Synodaltagung am 23. Oktober zur Vorbereitung und Themenkonzentration in Hannover.

Während der Synode wurden im Ausschuss nachkommende Themen beraten und folgende Beschlussvorschläge erarbeitet:

*Syrische Flüchtlinge:* Die Synode bittet den Rat, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Zahl des Kontingents für syrische Flüchtlinge deutlich erhöht wird und dass die Mitgliedsstaaten der EU ebenfalls Flüchtlingen aus Syrien aus humanitären Gründen die Aufnahme gewährt.

*Willkommenskultur:* Die Synode bittet den Rat der EKD, sich gegenüber den Bundestagsabgeordneten, die die Koalitionsvereinbarungen verhandeln und gegenüber einer neuen Bundesregierung dafür einzusetzen, dass a) die Residenzpflicht abgeschafft und das Arbeitsverbot für Asylsuchende aufgehoben wird; b) das Asylbewerberleistungsgesetz zugunsten einer Überführung in die allgemeinen Sozialversicherungssysteme aufgehoben wird und c) Asylsuchenden Integrationsmaßnahmen wie Integrationskurse von Anfang an zur Verfügung stehen.

*Rüstungsexporte:* Die Synode fordert eine restriktive Rüstungsexportpolitik, bei der die Gewährleistung der Menschenrechte, die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Vorbeugung von Gewalt als Entscheidungskriterien real und verbindlich umgesetzt werden. Hierzu gehören: a) die Pflicht zur zeitnahen Veröffentlichung aller beantragten, genehmigten und durchgeführten Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern gesetzlich zu verankern; b) angemessene parlamentarische Kontrollmöglichkeiten und c) eine aussagekräftige Begründung der Genehmigung von Rüstungsexporten verbunden mit einer qualifizierten außen- und sicherheitspolitischen Analyse.

*Familienpolitik:* Nach der Veröffentlichung der Orientierungshilfe „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit“ hat eine intensive theologische Debatte dazu stattgefunden. Dabei ist die wesentliche familienpolitische Akzentuierung des Textes aus dem Blick geraten. Die EKD Synode unterstreicht daher die sozial- und familienpolitischen Forderungen, die damit im Zusammenhang stehen: Vereinbarkeit von Erziehungs- und Pflegeaufgaben mit beruflichem Einsatz. Die Stärkung von Maßnahmen gegen die „Teilzeitfalle“. Flexiblere Gestaltung der Biographien zwischen Bildung, Berufs-, Familien- und Pflegezeiten und entsprechende Anpassung des Steuer- und Sozialversicherungsrechts.

Qualitativer Ausbau der Tageseinrichtungen zu Bildungs- und Familienzentren. Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Familien, Tageseinrichtungen und Schulen. Eine Stärkung der Quartiers- und Gemeinwesenentwicklung im Blick auf Familien, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Die Förderung und Qualifizierung zivilgesellschaftlicher Initiativen und ehrenamtlichen Engagements.

*Nachhaltige Entwicklung:* Die Synode dankt dem Rat der EKD für die Einrichtung einer Projektstelle „Diskurs nachhaltige Entwicklung“. Die Synode hält es für notwendig, dass die EKD und ihre Institutionen im Verbund mit den Gliedkirchen kirchliche Positionen zur nachhaltigen Entwicklung in wichtige politische und gesellschaftliche Prozesse eintragen. Hierbei sollte die EKD die Expertise der Gliedkirchen, der kirchlichen und kirchennahen Institute, der Ev. Akademien und der zahlreichen kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen nutzen und einfließen lassen. Im Kontext des Themenjahres „Reformation und Politik“ sollen folgende Schwerpunkte gesetzt werden: Die sozialgerechte Gestaltung der Energiewende und des Klimaschutzes, nachhaltige Wohlfahrtsmodelle und die sozial- und umweltgerechte Weiterentwicklung der Europäischen Union sowie die Entwicklung einer nachhaltigen Agrar-, Fischerei- und Handelspolitik. Zudem bittet die Synode den Rat, eine synodale Vertretung in die Steuerungsgruppe des Projekts „Diskurs Nachhaltige Entwicklung“ zu berufen.

*Rechtsextremismus:* Der Empfehlung der vom Rat eingesetzten Steuerungsgruppe folgend, setzt sich die Synode der EKD für die Erstellung einer Sekundäranalyse zu rechtsextremen Einstellungen aus vorhandenen Datensätzen ein und bittet den Rat, ein unabhängiges Forschungsinstitut zu beauftragen, eine EKD-weite Einstellungsbefragung bei Kirchenmitgliedern zu prüfen. Eine unabhängige Einstellungsuntersuchung im kirchlichen Raum soll die als besonders auffällig identifizierten Themenbereiche Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit (Rassismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit) und Sozialdarwinismus (wertes/unwertes Leben) beachten. Die Synode der EKD ermutigt Christinnen und Christen in Kirchengemeinden und Landeskirchen sowie den Rat der EKD im Engagement gegen menschenfeindliche Einstellungen und Aktivitäten nicht nachzulassen. Sie befürwortet die Gründung von Runden Tischen und Arbeitskreisen für Demokratie gegen Rechtsextremismus in allen Landeskirchen.

Bei den Anträgen zu den Themen „Sexualisierte Gewalt/EKD Disziplinalgesetz, kirchliches Arbeitsrecht und Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz war der Ausschuss mitberatend beteiligt.